

Das Ringen um Sicherheitskonzepte

REUTLINGEN. Es scheint, als müsse die Welt auf längere Sicht mit terroristischen Anschlägen leben. Und nicht erst seit dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt mit zwölf Toten und vielen Verletzten ist klar, dass auch Deutschland das Ziel von Attentätern aus den Reihen des sogenannten Islamischen Staats ist. Die Bevölkerung fragt sich immer noch, wie es sein kann, dass der Täter Anis Amri, ein als Gefährder eingestuft, den Behörden bekannter Islamist, offenbar unbehelligt diesen verheerenden Anschlag planen und durchführen konnte. Was läuft da falsch mit der Kommunikation der Polizeibehörden untereinander? Mangelt es am Austausch der entscheidenden Informationen? Wieso hat man Amri nicht rechtzeitig aus dem Verkehr gezogen? In diesem Fall waren verschiedene Behörden verschiedener Bundesländer zu verschiedenen Gefährdungsanalysen gekommen – gehandelt wurde nicht.

Der Staat ist auf der Suche nach neuen Sicherheitskonzepten, auch wenn es absolute Sicherheit natürlich nie geben kann. Bundesinnenminister Thomas de Maizière glaubt, dass die neuen Konzepte eine zentrale Steuerung verlangen. Er hat schon Anfang des Jahres gefordert, mehr polizeiliche Kompetenzen von den Ländern auf den Bund zu übertragen. Die Bundespolizei müsse zum Beispiel »neben den Polizeien der Länder eine zentrale Verfolgungs- und Ermittlungszuständigkeit zur konsequenten Feststellung unerlaubter Aufenthalte in Deutschland erhalten«. Ebenso sollten die Landesämter für Verfassungsschutz zugunsten einer Bundesverwaltung abgeschafft werden. Auch das Bundeskriminalamt solle gestärkt werden, Abschiebungen unter der Regie des Bundes vollzogen werden. Der Innenminister verwies auch darauf, dass es bis heute in den Bundesländern keine einheitlichen Regeln zur Überwachung von Gefährdern gebe.

Aus den Ländern gab es Kritik an den Vorschlägen aus dem Innenministerium – der Föderalismus ist ein hohes Gut in der Bundesrepublik. Eine Zentralisierung führe eher zu mehr Bürokratie als zum Bürokratieabbau, hieß es unter anderem. Und weiter: Wie soll die Bundespolizei zusätzliche Aufgaben übernehmen, wenn sie jetzt schon zu wenig Personal hat?

Einer, der Thomas de Maizière recht gibt, ist sein Parteifreund Clemens Binninger, bisher Vorsitzender des Bundestagsgremiums zur Kontrolle der Geheimdienste: »Die Vorschläge haben meine volle Unterstützung, weil sie deutlich machen, dass wir es mit einer Dimension des internationalen Terrors zu tun haben, wo der Föderalismus zwangsläufig an seine Grenzen kommen muss, teilweise schon gekommen ist.« (GEA)

Im Kampf gegen den Terror will der Innenminister mehr Kompetenzen von den Ländern auf den Bund verlagern, um die Innere Sicherheit zu erhöhen. Halten Sie das für sinnvoll?

Beate Müller-Gemmeke (Grüne):

Wir brauchen dringend eine zielgerichtete Arbeit der Sicherheitsbehörden, um konkrete Gefährdungen abzuwenden. Die Aufgaben, die Zusammenarbeit und der Austausch der Behörden untereinander bedürfen einer grundlegenden Reform. Auch die internationale Zusammenarbeit muss angesichts des grenzüberschreitenden Terrorismus nach klar definierten rechtsstaatlichen Kriterien gestärkt werden, auch und vor allem innerhalb der Europäischen Union.

Eine zentralisierte, übermächtige Bundespolizeibehörde, ausgestattet mit geheimdienstlichen Befugnissen, ist aber mit meinem Verständnis rechtsstaatlicher Sicherheit nicht vereinbar. Das unrühmliche Beispiel aus unserer Geschichte, die Geheime Staatspolizei der Nazis, lehrt uns: Es ist gut, wenn Sicherheit zwischen Polizei und Geheimdiensten klare Trennlinien erfährt, und Sicherheit in der Fläche durch die föderale Aufteilung grundsätzlich Ländersache bleibt. Auch die Idee, das Bundesamt für Verfassungsschutz zur Zentralbehörde auszubauen, lehnen wir Grünen ab. Denn beim Rechtsterrorismus der NSU hat diese Behörde kläglich versagt und im Fall Amri kam es zu eklatanten Fehleinschätzungen. Notwendig wären hier vielmehr eine Zäsur und ein Neustart.

Michael Donth (CDU):

Wir wollen einheitlich hohe Sicherheitsstandards in ganz Deutschland, Zonen unterschiedlicher Sicherheit darf es nicht geben. Wir wollen, dass überall in Deutschland bei Bedarf mithilfe der Schleierfahndung kontrolliert werden darf. Deshalb erarbeiten wir ein gemeinsames Musterpolizeigesetz für alle Bundesländer. Zwar wird dieses Mustergesetz nicht bindend, aber doch richtungweisend sein, denn ein Bundesland, das von den gemeinsamen Regelungen abweichen möchte, wird dies gut begründen müssen. In Zeiten hochmobiler Straftäter und grenzüberschreitend tätiger Banden müssen Polizei- und Ermittlungsbehörden in Deutschland noch enger zusammenwirken und Informationen intensiver austauschen. Ein starker Staat setzt in gesamtstaatlichen Angelegenheiten einen starken Bund voraus. Der Föderalismus stärkt den Staat und schafft die erforderliche Nähe für regionale Angelegenheiten. Die Sicherheit im Bund muss aber auch vom Bund zu steuern sein. Die örtliche Polizeiverantwortung kann in der Fläche sachgerecht nur bei den Ländern liegen. Dort, wo Bund und Länder zusammenarbeiten, braucht der Bund eine Steuerungskompetenz über alle Sicherheitsbehörden. Die bisherigen Befugnisse für das Bundeskriminalamt sind zu eng gefasst.

Rebecca Hummel (SPD):

Wir dulden keine Angriffe auf unsere demokratischen Werte, auf unsere Freiheit. Mit allen rechtsstaatlichen Mitteln muss gegen terroristische Verbrecher vorgegangen werden. Aus unserer Sicht sind die bestehenden Regelungen und Gesetze ausreichend, die Umsetzung muss nun konsequent erfolgen. Auch Kommunikationswege können noch verbessert werden. Die unterschiedlichen Organe müssen sich konkreter austauschen und Zuständigkeiten klar definieren.

Unsere Polizei verdient Respekt und Anerkennung. Überforderung und Unterbesetzungen dürfen nicht weiterhin Alltag sein. Wir fordern daher eine personelle Aufstockung – und das ganz konkret: Wir wollen 15 000 mehr Polizisten im Bund und bei den Ländern.

Pascal Kober (FDP):

Entscheidend für unsere Sicherheit ist, wie die verschiedenen Sicherheitsbehörden – aber auch die Justiz – zusammenarbeiten und ausgestattet sind. Zurzeit sind zu viele Behörden für unsere Sicherheit zuständig und materiell und personell zu schwach ausgestattet: das Bundesamt für Verfassungsschutz, das Bundeskriminalamt, die Landesämter für Verfassungsschutz, die Landeskriminalämter, der Militärische Abschirmdienst, das Zoll-Kriminalamt und andere mehr.

Diese Strukturen wollen wir straffen und stärken, wozu auch eine funktionierende Koordinierung auf Bundesebene gehört. Die Sicherheitsbehörden müssen enger zusammenarbeiten und Informationen leichter austauschen können. Klare Kompetenzabgrenzung ohne

Doppelzuständigkeiten ist das Ziel. Wo Bund und Länder sowie Nachrichtendienste, Verfassungsschutz und Polizei zusammenarbeiten, braucht es klare Regeln und genau definierte Verantwortlichkeiten. Wenn es diese nicht gibt, entstehen gefährliche Lücken, wie im Fall Anis Amri.

Die Landesämter für Verfassungsschutz wollen wir auf vier reduzieren, 15 000 zusätzliche Stellen bei der Polizei schaffen und der Sicherheit im Bundeshaushalt neben Bildung Priorität einräumen.

Wolfram Hirt (AfD):

Die aktuelle Terrorlage hat gezeigt, dass es klare Kompetenzen und Zuständigkeiten braucht, um dieses massive Problem in den Griff zu bekommen. Mit Anis Amri waren 40 Behörden beschäftigt und keiner einzigen ist es gelungen, den Terroranschlag zu verhindern. Dies ist umso gravierender, weil der spätere Attentäter zweifelsfrei und eindeutig als Gefährder erkannt war.

Mit einer Zentralisierung von Kompetenzen ist es jedoch nicht getan. Wichtig ist, dass endlich effektive Maßnahmen zur Terrorbekämpfung ergriffen werden. So ist allen bekannten Gefährdern sofort die Freiheit zu entziehen. Entweder sind sie bis zu ihrer Abschiebung in Abschiebehaf zu nehmen, oder, wo dies nicht möglich ist, muss eine Rechtsgrundlage zur langfristigen Freiheitsentziehung zur Gefahrenabwehr geschaffen werden.

Zudem müssen natürlich sofort unsere Grenzen für illegale Migration geschlossen werden, um eine Wiedereinreise von abgeschobenen Gefährdern zu verhindern. So wird der Zustrom weiterer potenzieller Gefährder und Terroristen unterbunden.

Dazu muss der politische Wille vorhanden sein.

Jessica Tatti (Linke):

Die föderalen Strukturen, auch in der Sicherheitspolitik, sind fester Baustein unserer Demokratie. Diese Verteilung der Befugnisse erhöht die Kontrolle und schützt unsere verfassungsrechtlichen Freiheits- und Bürgerrechte. Deshalb lehnt Die Linke die angedachte Verlagerung von Kompetenzen auf den Bund ab. Notwendig ist eine Aufgabenüberprüfung der Polizeien des Bundes und der Länder mit dem Ziel, dass sie ihre Aufgaben im Bereich der Prävention, Gefahrenabwehr sowie des Schutzes vor Gewalt im öffentlichen und privaten Raum adäquat wahrnehmen können. Dazu benötigt die Polizei die erforderliche personelle Ausstattung.

Sicherheit erfordert einen funktionierenden Sozialstaat, der Schutz vor Arbeitsplatzverlust, Armut und die Sicherheit der Renten gewährleistet sowie eine bessere Ausfinanzierung der Kommunen, um mit einer intakten Infrastruktur vor Ort das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken.

Außenpolitisch sollte terroristischen Strukturen die Grundlage entzogen werden – durch eine nachhaltige Entwicklungspolitik, gerechte Handelsstrukturen sowie dem Stopp von Rüstungsexporten, Militärinterventionen oder Unterstützung autoritärer Regimes wie der Türkei und Saudi-Arabiens.